Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 2. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
30. September 2003	**17.10 Uhr**	**17.30 Uhr**	**Rembertiring 8-12**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 04. September 2003	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Einführung einer Schulverwaltungssoftware - Zwischenbericht	Vorlage G 7
TOP 5	Haushalt 2003 Nachbewilligung zur Finanzierung der sozialpflegerischen Unterstützung von schwer- und schwertsmehrfachbehinderten Schülerinnen und Schülern an Sonderschulen (smf)	Vorlage G 8
TOP 6	Verfahrensstand zur Einrichtung neuer 6-jähriger Grundschulen, Integrierter Stadteilschulen und Gymnasialer Oberstufen	Vorlage G 9

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 04. September 2003

Das Protokoll der Sitzung vom 04. September 2003 wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Herr Fries regt aufgrund der im Jugendhilfeausschuss und der Sozialdeputation vorgelegten Vorlage eine gemeinsame Sitzung beider Deputationen an. Frau Hövelmann sagt, dass hier die Arbeitsebene die Probleme klären und die Deputation nur den entsprechenden Auftrag dazu erteilen solle. Herr Lückert erläutert, dass die Vorlage nicht den momentanen Arbeitsstand wiedergebe und die Probleme gelöst seien. Herr Bartels weist darauf hin, dass eine gemeinsame Sitzung unter diesen Umständen nicht notwendig sei. Frau Stahmann bittet um einen Bericht hierzu in der nächsten Sitzung. Frau Hövelmann bittet, neben einer Stellungnahme des Hauses in der nächsten Sitzung auch die Vorlage der Sozialdeputation vorzulegen.

2. Frau Stahmann fragt, ob ein „Geheimpapier“ zum Thema „Sitzenbleiben“ und „Notengebung“ existiere. Herr Lückert erklärt, dass Regelungen im Rahmen der schulgesetzlichen Änderungen und entsprechender Verordnungen erfolgen werden.

3. Frau Stahmann bittet um einen Bericht zur „Lehrer GmbH“. Frau Moning regt an, dies gemeinsam mit den Haushaltsberatungen im Dezember zu diskutieren.

TOP 4 Einführung einer Schulverwaltungssoftware Vorlage G 7

Herr Fries fragt, ob zu diesem Punkt die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten eingeholt wurde, und ob die geplante Schulverwaltungssoftware gegen das derzeitige Datenschutzgesetz verstoße. Herr Dr. Voet antwortet, dass die Regelung des Einsatzes der Software in der Pilotphase in Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten erfolge. Eine Novellierung verschiedener Punkte des Datenschutzgesetzes sei vor der flächendeckenden Einführung der Software notwendig.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.
Die Deputation für Bildung bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft, nach erfolgter flächendeckender Einführung der Schulverwaltungssoftware in den öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen einen weiteren Bericht vorzulegen.

TOP 5 Haushalt 2003 Nachbewilligung zur Finanzierung der sozialpflegerischen Unterstützung von schwer- und schwerstmehrfachbehinderten Schülerinnen und Schülern an Sonderschulen (smf) Vorlage G 8

Frau Hövelmann fragt, wie die Deckung der Mittel gesichert ist. Frau Moning erläutert, dass es sich hierbei um Reste des Jahres 2002 handele und nicht um Mittel dieses Jahres.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 201.917 € und der vorgeschlagenen Deckung zu.

TOP 6 Verfahrensstand zur Einrichtung neuer 6-jähriger Grundschulen, Integrierter Stadtteilschulen und Gymnasialer Oberstufen Vorlage G 9

Herr Rohmeyer bittet darum, allen Fraktionen die Bewerbungsunterlagen der Schulen Ende Oktober zur Verfügung zu stellen. Herr Fries äußert sich erfreut über die hohe Anzahl von Schulen die Integrierte Stadtteilschulen werden möchten. Frau Voigt (GSV) fragt, wie die Auswahl bei den Integrierten Stadtteilschulen erfolgen soll, wenn von allen Bewerbern die formalen Kriterien erfüllt werden. Frau Hövelmann antwortet, dass im Fall mehrerer gleich guter Bewerbungen eine erneute Befassung in der Deputationen vorgenommen werden sollte. Entscheidend sei letztendlich die Nachfrage der Eltern. Frau Stahmann gibt zu Bedenken, dass diese Überlegungen aber auch die knappen finanziellen Ressourcen beachten müssten. Frau Hövelmann erwidert, dass qualitativ vernünftige Schritte auch in haushaltsmäßig schwierigen Zeiten angegangen werden müssen. Aufgabe der Politik sei es dann Wege zur Realisierung zu suchen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erwartet einen Vorschlag zur Standortauswahl zu ihrer Sitzung am 13.11.2003